

Friedrich und die Lückentexte – kein Märchen

(HJK, facebook, 10.9.2019)



Anmerkungen zur Ebert-Ausstellung (eröffnung) 12.8. (bis 13.9.2019)

Diese Woche ist die letzte Gelegenheit, sich die Ausstellung „Friedrich Ebert – Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten“ in der Rotunde des Rüsselsheimer Rathauses anzusehen. Von ihren Machern wird sie so beworben:

https://www.ebert-gedenkstaette.de/pb/Startseite/Schueler/Friedrich+Ebert+1871_1925.html:
Doch wer war Friedrich Ebert eigentlich? Dieser Frage geht die Wanderausstellung „Friedrich Ebert (1871–1925). Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten“ auf 46 Ausstellungsbannern nach. Beginnend mit seiner Geburt in Heidelberg 1871 begleiten die Besucher Friedrich Ebert auf den wichtigsten Stationen seines Lebens bis zu seinem Tod 1925.

Einige Anmerkungen zur Ausstellung, ihren (Re)präsentatoren und ihrem namensgebenden Subjekt. Wohin führte der „Arbeiterführer“ Friedrich Ebert die deutschen Arbeiter (und die Arbeiterinnen und die „nur“ zuhause arbeitenden Frauen)? Er war zusammen mit Hugo Haase (https://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Haase) nach dem Tod von August Bebel am 20. September 1913 zum Vorsitzenden der SPD gewählt worden. Weniger als ein Jahr später, am 25. Juli 1914 und erneut nach der Kriegserklärung der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen Serbien am 28. Juli führt die SPD angesichts der Gefahr eines Weltkriegs ihre Mitglieder und Anhänger zu Hunderttausenden zu Friedenskundgebungen zusammen. Aber bereits am 29. Juli teilte im Auftrag von Friedrich Ebert der

rechte SPD-Reichstagsabgeordnete Albert Südekum dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg mit, dass die SPD-Führung bei einem Kriegseintritt keine Streikaktionen plane – der perfekte Freibrief für die folgenden Kriegserklärungen des deutschen Reichs an Rußland und Frankreich.

Und nochmal sechs Tage später war mit der von Ebert, Scheidemann und Südekum - gegen den Widerstand von 14 Abgeordneten, u.a. Hugo Haase und Karl Liebknecht - vorangetriebenen Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Fraktion („Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“) der Verrat an Mitgliedern, Anhänger*innen und Prinzipien vollendet. Angesichts der immer noch und wieder kursierenden Rechtfertigungen dieses Verhaltens (man habe tatsächlich geglaubt, dass es sich um einen aufgezwungenen Verteidigungskrieg gegen den russischen Despotismus handele, man habe der allgemeinen Kriegsbegeisterung nicht widerstehen können), lohnt der Zeitaufwand zur Lektüre von Rosa Luxemburgs Text (geschrieben im April 1915 im Gefängnis, ein Jahr später illegal in Deutschland verbreitet) „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Junius-Broschüre). Hier der entscheidende Ausschnitt zur Bewilligung der Kriegskredite: Rosa Luxemburg zitiert eine Vielzahl sozialdemokratischer Zeitungen vom 24./25. Juli 1914 mit der gleichen klaren Einschätzung wie die Solinger „Bergische Arbeiterstimme

+ + + aus dem 2. Kapitel der Junius Broschüre + + + +

... Und die »**Bergische Arbeiterstimme**« in Solingen (am 24. Juli):

*»Österreich **will** den Konflikt mit Serbien und benutzt das Attentat von Sarajewo nur als Vorwand, um Serbien moralisch ins Unrecht zu setzen. Aber die Sache ist doch zu plump angefangen worden, als daß die Täuschung der öffentlichen Meinung Europas gelingen könnte...*

*Wenn aber die **Kriegshetzer** des Wiener Ballplatzes etwa **glauben**, daß ihnen bei einem Konflikt, in den auch Rußland hineingezogen würde, die **Dreibundsgenossen Italien und Deutschland zu Hilfe kommen müßten, so geben sie sich leeren Illusionen hin**. Italien wäre eine Schwächung Österreich-Ungarns, des Konkurrenten in der Adria und auf dem Balkan, sehr gelegen, und es wird sich deshalb nicht die Finger verbrennen, Österreich zu unterstützen. **In Deutschland aber dürfen es die Machtbabber selbst wenn sie so töricht wären, es zu wollen nicht wagen, das Leben eines einzigen Soldaten für die verbrecherische Machtpolitik der Habsburger aufs Spiel zu setzen, ohne den Volkszorn gegen sich heraufzubeschwören.**«*

So beurteilte unsere gesamte Parteipresse ohne Ausnahme den Krieg noch eine Woche vor seinem Ausbruch. Danach handelte es sich nicht um die Existenz und um die Freiheit Deutschlands, sondern um ein frevelhaftes Abenteuer der österreichischen Kriegspartei, nicht um Notwehr, nationale Verteidigung und aufgedrungenen heiligen Krieg im Namen der eigenen Freiheit, sondern um frivole Provokation, um unverschämte Bedrohung fremder, serbischer Selbständigkeit und Freiheit.

Was geschah am 4. August, um diese so scharf ausgeprägte, so allgemein verbreitete Auffassung der Sozialdemokratie plötzlich auf den Kopf zu stellen? Nur eine neue Tatsache trat hinzu: das am gleichen Tage von der deutschen Regierung dem Reichstag vorgelegte Weißbuch. Und dieses enthielt auf S. 4:

*»Unter diesen Umständen mußte Österreich sich sagen, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der Monarchie vereinbar wäre, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen. **Die K. u. K. Regierung benachrichtigte uns von dieser Auffassung und erbat unsere Ansicht**. Aus vollem Herzen konnten wir unserem Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, daß eine Aktion, die er für notwendig hielt, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde. **Wir waren uns hierbei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte**. Wir konnten aber in der Erkenntnis der vitalen Interessen Österreich-Ungarns, die auf dem Spiele standen, unserem Bundesgenossen weder*

zu einer mit seiner Würde nicht zu vereinbarenden Nachgiebigkeit raten, noch auch ihm unseren Beistand in diesem schweren Moment versagen. Wir konnten dies um so weniger, als auch unsere Interessen durch die andauernde serbische Wühlarbeit auf das empfindlichste bedroht waren. Wenn es den Serben mit Rußlands und Frankreichs Hilfe noch länger gestattet geblieben wäre, den Bestand der Nachbarmonarchie zu gefährden, so würde dies den allmählichen Zusammenbruch Österreichs und eine Unterwerfung des gesamten Slawentums unter russisches Zepter zur Folge haben, wodurch die Stellung der germanischen Rasse in Mitteleuropa unhaltbar würde. **Ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des russischen Panslawismus zusammenbrechendes Österreich wäre für uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir rechnen** könnten und auf den wir uns verlassen könnten, wie wir es angesichts der immer drohender werdenden Haltung unserer östlichen und westlichen Nachbarn müssen. **Wir ließen daher Österreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien.** Wir haben an den Vorbereitungen dazu nicht teilgenommen.«

Diese Worte lagen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August vor, Worte, die die einzig wichtige ausschlaggebende Stelle des ganzen Weißbuchs ausmachen, bündige Erklärungen der deutschen Regierung, neben denen alle übrigen Gelb-, Grau-, Blau- und Orangebücher für die Aufklärung der diplomatischen Vorgeschichte des Krieges und ihrer nächsten treibenden Kräfte völlig belanglos und gleichgültig sind. Hier hatte die Reichstagsfraktion den Schlüssel zur Beurteilung der Situation in der Hand. Die gesamte sozialdemokratische Presse schrie eine Woche vorher, daß das österreichische Ultimatum eine verbrecherische Provokation des Weltkrieges wäre, und hoffte auf die hemmende, mäßigende Einwirkung der deutschen Regierung auf die Wiener Kriegshetzer. Die gesamte Sozialdemokratie und die gesamte deutsche Öffentlichkeit war überzeugt, daß die deutsche Regierung seit dem österreichischen Ultimatum im Schweiß ihres Angesichts für die Erhaltung des europäischen Friedens arbeitete. Die gesamte sozialdemokratische Presse nahm an, daß dieses Ultimatum für die deutsche Regierung genau so ein Blitz aus heiterem Himmel war, wie für die deutsche Öffentlichkeit. Das Weißbuch erklärte nun klipp und klar: 1. daß die österreichische Regierung vor ihrem Schritt gegen Serbien Deutschlands Einwilligung eingeholt hatte; 2. daß die deutsche Regierung sich vollkommen bewußt war, daß das Vorgehen Österreichs zum Kriege mit Serbien und im weiteren Verfolg zum europäischen Kriege führen würde; 3. daß die deutsche Regierung Österreich nicht zur Nachgiebigkeit riet, sondern umgekehrt erklärte, daß ein nachgiebiges, geschwächtes Österreich kein würdiger Bundesgenosse mehr für Deutschland sein könnte; 4. daß die deutsche Regierung Österreich vor dessen Vorgehen gegen Serbien auf alle Fälle den Beistand im Kriege fest zugesichert hatte, und endlich 5. daß die deutsche Regierung sich bei alledem die Kontrolle über das entscheidende Ultimatum Österreichs an Serbien, an dem der Weltkrieg hing, nicht vorbehalten, sondern Österreich »völlig freie Hand gelassen hatte«.

Dies alles erfuhr unsere Reichstagsfraktion am 4. August. Und noch eine neue Tatsache erfuhr sie aus dem Munde der Regierung am gleichen Tage: daß die deutschen Heere bereits in Belgien einmarschiert waren. Aus alledem schloß die sozialdemokratische Fraktion, daß es sich um einen Verteidigungskrieg Deutschlands gegen eine fremde Invasion, um die Existenz des Vaterlandes, um Kultur und einen Freiheitskrieg gegen den russischen Despotismus handle.

Konnte der deutsche Hintergrund des Krieges und die ihn notdürftig verdeckende Kulisse, konnte das ganze diplomatische Spiel, das den Kriegsausbruch umrankte, das Geschrei von der Welt von Feinden, die alle Deutschland nach dem Leben trachten, es schwächen, erniedrigen, unterjochen wollen, konnte das alles für die deutsche Sozialdemokratie eine Überraschung sein, an ihr Urteilsvermögen, an ihren kritischen Scharfsinn zu hohe Anforderungen stellen? Gerade für unsere Partei am allerwenigsten! Zwei große deutsche Kriege hatte sie bereits erlebt und aus beiden denkwürdige Lehren schöpfen können.

+ + + + Ende Ausschnitt Junius-Broschüre + + + + +

In der Ausstellung wird aus der kriegstreibenden Rolle der deutschen Herrschenden eine „leichtsinnige Zusage“ (sozusagen „schlafwandelnd“ gegeben, siehe 140628fb_Bericht...) und aus der wohlinformierten SPD-Spitze ein Teil der leider übertölpelten Bevölkerung. (angeblich der gesamten = „die Bevölkerung“; zur Mär von der allgemeinen Kriegsbegeisterung <https://www.sueddeutsche.de/politik/erster-weltkrieg-die-allgemeine-kriegsbegeisterung-ist-eine-maer-1.2075802?print=true>)

Der Erste Weltkrieg



Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers durch serbische Terroristen in Sarajewo Ende Juni 1914 führt zunächst zu einem regionalen Konflikt Österreich gegen Serbien, der sich im Verlauf des Juli 1914 zu einer den Weltfrieden bedrohenden Krise hochschaukelt. Die jeweiligen Bündnispartner wirken nicht deeskalierend, sondern heizen die Krise weiter an, darunter vor allem Deutschland mit seiner leichtsinnigen Zusage, Österreich im Kriegsfall bedingungslos zu unterstützen.

Am 1. August tritt das Deutsche Reich in diesen Krieg ein, der sich fast auf die ganze Welt ausdehnen wird. Er kostet rund 11 Millionen Menschen das Leben, verändert die Landkarte Europas dauerhaft und erschüttert die Gesellschaften und politischen Systeme der einzelnen Staaten. Der kaiserlichen Regierung gelingt es 1914, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass Deutschland angegriffen worden sei. Im Reichstag bewilligt die SPD die Kriegskredite und verzichtet für die Dauer des Krieges auf grundsätzliche Opposition gegen den Staat („Burgfriedenspolitik“).

Zum Kriegsverlauf selbst gibt es die beiden Banner „Tod an der Front“ (auch zwei von Eberts vier Söhnen starben dort) und „Heimatfront“. Dort kommt es bereits 1916 (anlässlich der Einkerkering von Karl Liebknecht) und 1917 nach Steckrübenwinter, der Februarrevolution in Rußland und fast drei Jahren Krieg (gegen die von der SPD- und Gewerkschaftsführung ausgerufenen Burgfriedenspolitik unter der Losung „Brot, Freiheit, Frieden“) zu Massenstreiks. Als bei den Januarstreiks 1918 für Brot, Frieden und Demokratie schließlich mehr als eine Million Streikende im ganzen Reich die Kriegsproduktion gefährdeten, gingen Ebert und Scheidemann in die Berliner Streikleitung, nach Eberts Worten, „um die Bewegung zu mäßigen und möglichst bald einzustellen.“



Die Auswirkungen des Krieges werden auch in der Heimat immer spürbarer und dominieren zunehmend den Alltag. Aufgrund der englischen Seeblockade sind die deutschen Lebensmittelimporte stark eingeschränkt. Hunger und Not greifen um sich, besonders im Hungerwinter 1916/17 (dem „Kohlrübenwinter“). Die Zahl der Hungertoten in Deutschland wird auf ca. 700.000 geschätzt.

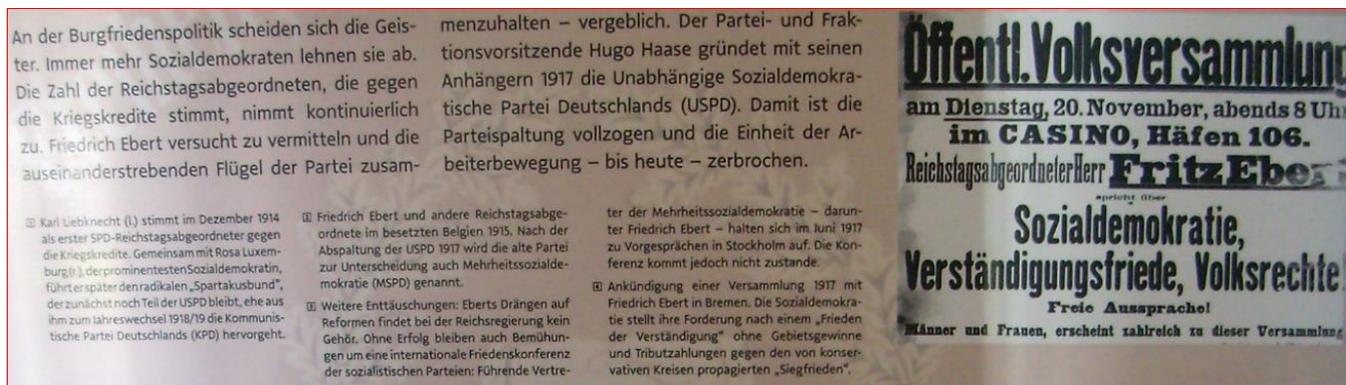
Die wachsende Kriegsmüdigkeit führt 1917/18 zu Streiks. Im Januar 1918 legen allein in Berlin Hunderttausende die Arbeit nieder. Friedrich Ebert tritt in die Streikleitung mit dem Ziel ein, den Ausstand ohne Schaden für das Reich und ohne negative Folgen für die Streikenden beenden zu können. Das macht ihn für die Linken zum „Arbeiterversräter“, für die politischen Rechte zum „Landesverräter“. Der Vorwurf des Landesverrates belastet Ebert später noch als Reichspräsident.

Ausschnitt Ausstellungsbanner „Heimatfront“

Zu den gemäß Ausstellungsbanner angeblich beiden Zielen Eberts beim Eintritt in die Streikleitung „den Ausstand ohne Schaden für das Reich und ohne negative Folgen für die Streikenden beenden zu können“: Das mit dem zu verhindernden Schaden für (die Kriegsführungsfähigkeit des)/das Reich hat ja geklappt. Sodass der große Demokrat Ebert unter der faktischen Militärdiktatur Ludendorffs und der OHL noch gut 10 Monate die Menschenschlächtere unterstüzt begleiten konnte. Mit den negativen Folgen für die Streikenden sah es allerdings anders aus: *„Die Streiks konnten erst nach mehreren Tagen durch einen Einsatz von Polizei und Militär beendet werden. Keine der Streikforderungen wurde erfüllt. Die Anführer wie zum Beispiel der bayerische USPD-Vorsitzende Kurt Eisner, der in München den Munitionsarbeiterstreik organisiert hatte, wurden verhaftet, viele Arbeiter ins Militär eingezogen und an die Front geschickt. Dieses Schicksal traf auch den Vorsitzenden der Streikleitung Richard Müller.“* (Wikipedia/Januarstreik). Völlig unverständlich also, dass Eberts Verhalten ihn für Linke zum „Arbeiterversräter“ machte? Die rechten Herrschenden und Regierenden wussten 1918 natürlich, was sie an Ebert hatten. Der propagandistische „Landesverratsvorwurf“ gegen den „Repräsentanten der Republik (siehe Banner unten) wurde von der extremsten Rechten dann in der ersten Hälfte der 1920er Jahre als Mittel ihrer Mobilisierung gegen die Republik erhoben. Aber der Links=Rechts-Vorwurf passt den Ausstellungsgestaltern offenbar in das Gemälde von Ebert als vermittelndes Weltkind in der Mitten gut hinein.

Auf dem Banner „Spaltung der Partei“ z.B. wird uns Ausstellungsbesuchern vermittelt: Ebert will vermitteln/zusammenhalten, Haase spaltet durch Gründung der USPD. Ach so! Tatsächlich: *„Nachdem im Dezember 1915 inzwischen 18 – meist aus der zentristischen Strömung der Vorkriegs-SPD kommende – Abgeordnete mit Liebknecht und Rühle gegen weitere Kriegskredite votierten, gingen Fraktions- und Parteivorstand verstärkt mit administrativen Mitteln gegen die Opposition vor:*

Liebnecht wurde am 12. Januar 1916 aus der Fraktion ausgeschlossen, Rühle trat zwei Tage später aus Solidarität mit Liebnecht aus, **die 18 anderen Abweichler wurden am 24. März ausgestoßen** und bildeten daraufhin die Fraktionsgemeinschaft Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG), betrachteten sich aber weiterhin als Mitglieder der SPD. Liebnecht – dem einige Monate später nach seiner Verurteilung wegen „Kriegsverrats“ das Mandat aberkannt wurde – und Rühle lehnten den angebotenen Anschluss an die SAG ab.“ (Wikipedia/USPD).



Ausschnitt Ausstellungsbanner „Spaltung der Partei“

Wie zu sehen, tritt im November 1917 (nachdem die Oktoberrevolution in Rußland mit ihrem Dekret für den Frieden in Deutschland immer mehr SPD-Mitglieder und Anhänger*innen inspirierte und die Kriegsgegnerschaft deutlich massiver und auch in Streiks aktiver zutage trat und ein militärischer Sieg nach dem Kriegseintritt der USA sowieso unwahrscheinlich geworden war) tritt Ebert bei Versammlungen für einen Verständigungsfrieden ein. Als Hugo Haase (als Ko-Vorsitzender der SPD-Fraktion) Anfang 1916 im Reichstag 1916 versuchte, eine Rede gegen Krieg und für einen Verständigungsfrieden zu halten und seine Parteifreunde [Gustav Bauer](#) und Carl Legien ihn „mit der Judenbande muss Schicht gemacht werden“ niederschrien und Philipp Scheidemann seinen Parteivorsitzenden Haase als „Drecksseele“ bezeichnete, bemühte sich Ebert mit „Schamloser Kerl, frecher Halunke!“ um ‚Vermittlung‘.

Im Oktober 1918 setzten dann die hektischen Bemühungen der herrschenden Militärs und Kriegsprofiteure und sonstigen „Eliten“ (und der in die Geschäfte voll integrierten rechten Sozialdemokraten ein), um „das Schlimmste“, also ihre Entmachtung und eventuelle Bestrafung, zu verhindern. Das ganze kulminierte am 9. November in der Übergabe seines Amtes durch den kaiserlichen Ministerpräsidenten Max v. Baden an Friedrich Ebert. Doch einen Tag später war Ebert dieses noch monarchistisch veredelte Amt schon wieder los. Denn – ausgehend von den Matrosen in den Nordseehäfen - hatte sich in nur ein paar Tagen die Räterevolution über fast das gesamte Reichsgebiet ausgebreitet. Und am 10. November übernahm ein Rätekongress in Berlin die Macht im Reich, setzte als Regierung den Vollzugsrat den MSPD und USPD verabredet hatten (mit Friedrich Ebert/MSPD und Hugo Haase/USPD als Ko-Vorsitzende) ein und wählte als Kontrollorgan für die von ihm eingesetzte Regierung einen 24-köpfigen Vollzugsrat mit Richard Müller von den gewerkschaftlichen revolutionären Obleuten als Vorsitzenden. Und beschloss als Aufgabe der sozialistischen Republik „die rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel.“

Auf dem Ausstellungsbanner „Rat der Volksbeauftragten“ spielt der Rätekongress und seine Entscheidungen allerdings keine Rolle. Aufgrund dieser Lücke geht es da für Ebert ziemlich lückenlos

vom übergebenen Ministerpräsidenten zum Vorsitz des Rats der Volksbeauftragten.

Rat der Volksbeauftragten

Am 10. November 1918 nimmt der „Rat der Volksbeauftragten“ aus jeweils drei Vertretern von SPD und USPD seine Arbeit auf. Die neue Regierung steht vor einer so schwierigen Aufgabe wie keine andere in der deutschen Geschichte: Der Weltkrieg hat das Land ausgezehrt. Die Spannungen im Innern verschärfen sich. Die Einheit des Reiches ist gefährdet. Trotz der Belastungen gelingt es der Revolutionsregierung, die drohende Katastrophe abzuwenden.

- Der Rat der Volksbeauftragten (v. l. n. r.): Emil Barth, USPD; Otto Landsberg, SPD, 1919 Reichsjustizminister; Friedrich Ebert; Hugo Haase, 1911–17 SPD-Vorsitzender, Mitbegründer und Vorsitzender der USPD; Wilhelm Dittmann, USPD; Philipp Scheidemann, seit 1917 SPD-Vorsitzender, 1918 Mitglied der Reichsregierung, 1919 Reichsministerpräsident (Reichskanzler).
- Der „Vorwärts“ begrüßt die „Einigung“ der beiden sozialdemokratischen Parteien, die aber nur bis Ende Dezember 1918 halten wird.
- Die Wochen der Belastung haben Spuren in den Gesichtern hinterlassen: Philipp Scheidemann (2.v.l.), Friedrich Ebert (3.v.r.), Hugo Haase (2.v.r.) sowie Emil Barth (r.).
- Die Versorgung der Bevölkerung nach zwei Hungerwintern zu sichern, wird durch die weiterhin bestehende alliierte Seeblockade deutscher Häfen erschwert.
- Schlange stehen für die Entlassungspapiere. Die Rückführung und Eingliederung von mehr als acht Millionen Soldaten ins zivile Leben gehört zu den zentralen Aufgaben der Regierung. Dazu kommt, dass die Kriegswirtschaft auf Friedensproduktion umgestellt werden muss.

7. Extraausgabe Sonntag, den 10. November 1918.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Einigung

zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien ist vollzogen.

**Ebert Haase
Scheidemann Dittmann
Landsberg und Barth**
werden die neue Regierung bilden.

„An die Arbeiter- und Soldatenräte!
Das Volk muß verhungern, wenn der Bahntransport gestört wird. Das geschieht aber durch jeden Eingriff unzufähiger Stellen in den Bahnbetrieb und die Bahnverwaltung.
Gefahren sind an verkehrsreichen Orten von Arbeiter- und Soldatenräten solche Eingriffe vorgenommen worden, z. B. in dem Betrieb von Rangierbahnhöfen und in die Massenverwaltung von Bahnhöfen.
Das darf nicht wieder vorkommen! Wiederholungen müssen zur Arbeitsverweigerung unserer braven Eisenbahner und zum Stillstand jedes geregelter Bahnverkehrs führen.
Berlin, am 10. November 1918.
(623.) Ebert



In der Darstellung auf dem Banner „Politischer Mord“ wirken dann mal wieder links- und rechtsradikale gegen die Demokratie und Ebert zusammen. Dass die Mörder der Linksradike Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aus den Reihen der nationalistischen Freikorps kamen, die für die Regierung unter Ebert und Noske die Drecksarbeit erledigen sollten, bleibt als – wahrscheinlich dem Platzmangel geschuldete – weitere Lücke.

Politischer Mord

In ihrem Kampf gegen die Republik diffamieren links- und rechtsradikale Kräfte die Demokratie und ihre Träger; rechte Terroristen schrecken vor Mord nicht zurück. Zu den prominentesten Opfern zäh-

len die beiden KPD-Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner (USPD) sowie die Reichsminister Matthias Erzberger und Walther Rathenau.

☒ Die Anschläge wühlen die Republik auf: Massenproteste zum Mord an Erzberger.

☒ Im August 1921 ermorden Mitglieder einer rechtsradikalen Geheimorganisation den ehemaligen Reichsminister Matthias Erzberger (hier rechts neben Friedrich Ebert).

☒ Aufruf der Reichsregierung nach dem Attentat auf Rathenau: „Die Republik ist in Gefahr.“ Bei der Trauerfeier für Rathenau spricht Reichskanzler Wirth deutliche Worte: Der Feind, „der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt“, steht rechts. Bei der Strafverfolgung zeigt sich die Justiz jedoch auf dem rechten Auge blind.

☒ Ein anonymes Brief 1921: Auch Ebert wird bedroht. Doch besondere Maßnahmen zu seiner Sicherheit werden nicht ergriffen.

☒ Der Stockdegen Friedrich Eberts, mit dem er sich bei einem Angriff hätte verteidigen können.

Zum Abschluss der Bilder einer Ausstellung noch ein Schmankerl für Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer: der „Repräsentant“ der Republik steht (links unten) auf der Automobilausstellung 1921 mit Fritz von Opel zusammen.

Repräsentant der Republik

Zu den Funktionen eines Staatsoberhauptes gehört die Repräsentation. Bei seinen Auftritten pflegt Friedrich Ebert einen zurückhaltenden Stil. In Abgrenzung zu den waffenklirrenden, pompösen Inszenierungen Kaiser Wilhelms II. versieht er

sein Amt ohne Glanz und Gloria, ohne Pose und Pathos. Insgesamt verlässt er selten Berlin in amtlicher Mission, denn Reisen sind für ihn wegen ständiger Verunglimpfungen „nichts weniger als Freude“.



1 Zwei Politiker einer Generation: Reichspräsident Friedrich Ebert in Köln im Mai 1924 mit dem fünf Jahre jüngeren Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der 1949 erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wird.



2 Begrüßung heimgekehrter Kriegsgefangener in Göttingen 1919.



3



4



5



6



7

3 Im weißen Grubenanzug vor dem Salzbergwerk in Leopoldsdorf 1922.

4 Besuch der ersten Ostmesse im ostpreussischen Königsberg, September 1920.

5 Im Kreis von Berliner Kindern anlässlich eines Empfangs für Vertreter der amerikanischen Kinderhilfe im Garten des Reichspräsidentenpalais, Juni 1924.

6 Automobilausstellung 1921 in Berlin: Friedrich Ebert mit dem Rennfahrer Fritz von Opel.

Als Repräsentanten der heutigen Republik verstanden sich die drei präsentierenden Redner bei der Ausstellungseröffnung.



Alle drei (Bürgermeister Dennis Grieser, Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode und Prof. Mühlhausen, der die Ausstellung für die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte konzeptionierte) achteten getreulich darauf, die Lücken der Ausstellung nicht etwa mit Worten zu füllen, sahen Ebert als Versöhner, Schlichter, um Kompromisse Bemühten, der von seinen Feinden auf der extremen Linken

und Rechten bösartig angegriffen wurde. Und sie sahen die von Ebert mitgeprägte Weimarer Republik als direkten Vorläufer der bundesrepublikanischen Demokratie. Dass das – von Ebert mitverursachte Verhindern der Demokratisierung von Wirtschaft, Medien, Militär, Bildung, Verwaltung eine der Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik und die Machtübergabe an die Nazis 1933 gewesen sein könnte, kam bei keinem der Redner wenigstens als Möglichkeit zum Ausdruck. Und dass diese mangelhafte bis fehlende Demokratie in den genannten Bereichen vielleicht heute eine der Ursachen für die aktuellen, durchaus angesprochenen Gefährdungen durch Rechtsextreme sein könnten, ebenfalls nicht. Mit Wolfgang Fritz Haug könnte diese fehlende Ursachenanalyse als „hilfloser Antifaschismus“ bezeichnet werden.

Nur Dennis Grieser deutete an, dass es da doch Verbesserungsbedarf gibt und er zitierte gar einen der „linksextremen“ Widersacher der Ebertschen SPD: Bert Brecht mit der Strophe

+++++

Und weil wir dies Land verbessern,
lieben und beschirmen wir's.
Und das liebste mag's uns scheinen
so wie andern Völkern ihrs.

+++++

aus dessen Kinderhymne. (hier die – wohl nicht anmutigste aber authentische – [Interpretation des Komponisten Hanns Eisler](#)).

Die Ausstellung in der Rathausrotunde ist Dienstag und Mittwoch von 8 bis 16, am Donnerstag von 8 bis 18 und am Freitag von 8 bis 12 Uhr geöffnet.